



Kommunalpolitisches Wahlprogramm 2024

AfD Kreisverband Ostalb

-Fassung vom 28.01.2024-

Präambel

Seit unserem Bestehen setzen wir uns auf der Ostalb für den Erhalt unserer Heimat ein und arbeiten an einer grundlegenden politischen Wende. Damit bieten wir eine echte Alternative zum Einheitsbrei der Altparteien und deren destruktiver Politik.

Wir bekennen uns klar zum Eigenen und wissen, dass hierin unsere Stärke liegt. Insofern ist die seit Jahren andauernde Masseneinwanderung überwiegend kulturfremder und gering qualifizierter Menschen eine Katastrophe für unsere Region und eine schwere Belastung für künftige Generationen. Wir fordern eine konsequente Politik der Remigration und damit insbesondere auch die unverzügliche Abschiebung ausreisepflichtiger und straffällig gewordener Asylbewerber.

Eine umsichtige und zielgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik ist für uns nicht verhandelbar, weshalb wir auch der seit Jahren fortdauernden Verschuldung einzelner Kreise, Städte und Gemeinden ein Ende setzen werden. Den Mittelstand, als Stütze unseres Wohlstands, gilt es zu stärken und zu fördern. Wir werden die öffentliche Sicherheit und Ordnung lückenlos wiederherstellen und Straftäter ihrer gerechten Strafe zuführen.

Wir haben den Anspruch auf allen politischen Ebenen die Verantwortung zu übernehmen und verstehen hierbei die bestehenden Probleme und Aufgaben ganzheitlich, weshalb sich in diesem Programm zum Teil auch bundes- und landespolitische Forderungen und Lösungsansätze finden.

Helfen Sie uns das vorliegende Programm in die Tat umzusetzen. Für uns gilt: Volk und Heimat zuerst!

I. Demokratie und Allgemeine Verwaltung

I.I. „Direkte Demokratie ausbauen“

Die derzeit hohen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen deutlich gesenkt werden, um so eine größere Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Da der Bürger seine Interessen gegenüber der Politik hierdurch gezielt vorbringen kann, wird auch das allgemeine Interesse an Politik wieder steigen. Die hiernach getroffenen Entscheidungen haben eine hohe demokratische Legitimation und werden eine erhöhte Akzeptanz erfahren.

I.II. „Öffentlichen Dienst schlank und effizient gestalten“

Der öffentliche Dienst ist für ein gut funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar und wird aus den von den Bürgern erwirtschafteten Steuermitteln bezahlt. Deshalb sind schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen unser Anspruch. Wir werden den aufgeblähten Verwaltungsapparat auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren und interne Abläufe vereinheitlichen und entbürokratisieren.

I.III. „Kein Gender-Unsinn in der Verwaltungssprache“

Die sogenannte „gendergerechte Sprache“ ist eine groteske Entstellung der deutschen Sprache und ein Angriff auf ein zentrales Element deutscher Identität. Wir lehnen die „gendergerechte Sprache“ entschieden ab und sprechen uns gegen jede Verpflichtung aus, sie verwenden zu müssen. Die Verwendung der „leichten Sprache“ soll auf kognitiv beeinträchtigte Personen beschränkt bleiben.

II. Migration und Rückführung

II.I. „Remigration statt Masseneinwanderung“

Die desaströsen Folgen der unregulierten Masseneinwanderung sind nicht zu übersehen und verschärfen sich von Jahr zu Jahr weiter drastisch: Asyl- und Sozialmissbrauch, horrenden Sozialausgaben, Wohnraumangel, steigende Ausländerkriminalität, Islamisierung und Überfremdung. Die gescheiterte Migrationspolitik der Altparteien hat unserem Land und Volk schweren Schaden zugefügt und auch im Ostalbkreis bereits tiefe Wunden hinterlassen. Dieser Entwicklung setzen wir Remigration entgegen, um die Migrationspolitik in unsere Sozialsysteme der vergangenen Jahre

rückabzuwickeln. Insbesondere ausreisepflichtige und straffällig gewordene Ausländer sind unverzüglich abzuschieben.

II.II. „Kommunen in Asylangelegenheiten entlasten“

Das derzeit bestehende dreistufige System zur Unterbringung von Asylbewerbern in Baden-Württemberg führt zu erheblichen negativen Folgen für die Kommunen: hohe finanzielle Mehrkosten, erhöhten bürokratischen Aufwand, belastete kommunale Infrastruktur, ethnische Ballungen und erhöhte Kriminalitätsbelastung im ländlichen Raum. Wir unterstützen den Gesetzesentwurf unserer Landtagsfraktion ausdrücklich, welche eine Reformation hin zu einem zweistufigen System anstrebt, da hierdurch die Kommunen nachhaltig entlastet werden. Überdies setzen wir uns für die Erteilung von Sach- statt Geldleistungen ein.

II.III. „Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein kostbares Gut“

Wir fordern die Rückkehr zum Abstammungsprinzip anstelle des seit dem Jahr 2000 praktizierten Geburtsortprinzip. Der Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit steht am Ende eines gelungenen Integrations- und Assimilationsprozesses. Die Anforderungen – insbesondere auch in zeitlicher Hinsicht – für Einbürgerungen müssen erheblich steigen. Denn: Einbürgerungen sind keine Selbstverständlichkeit, sondern ein rares Privileg.

II.IV. „Der politische Islam gehört nicht zum Ostalbkreis“

Durch die Masseneinwanderung steigt auch die Zahl der Muslime im Ostalbkreis und der politische Islam gewinnt zunehmend an Einfluss. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten. Der Kreis benötigt keine prunkvollen Moscheen als Symbol eines dominanten politischen Islams. Bei ausländisch finanzierten Moscheen und solchen, deren Träger als islamistisch bekannt ist, sind keine Baugenehmigungen zu erteilen. Ferner sind die Bürger vor dem Bau zu befragen und deren Votum zu respektieren. Um der zunehmenden Radikalisierung vieler junger Muslime zu begegnen, müssen unter anderem verstärkt Deradikalisierungsprogramme in Schulen und Vereinen stattfinden.

III. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

III.I. „Sicherheit im öffentlichen Raum wiederherstellen“

Die öffentliche Sicherheit steht im Spannungsfeld zwischen Landes- und Kommunalpolitik. Hiervon unberührt bleibt die Forderung, dass auch die Städte und Gemeinden innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs für Ordnung

zu sorgen haben. Der zunehmenden Vermüllung im öffentlichen Raum muss Einhalt geboten werden. Hierzu ist auch die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden mit der Polizei, z.B.: durch gemeinsame Präsenzstreifen von Ordnungsdienst und Polizei, zu intensivieren. Das gilt auch für die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum, insbesondere in Bereichen mit erhöhter Kriminalitätsbelastung. Dies wirkt präventiv und kann die Polizei bei der Täterermittlung und Beweisführung erheblich unterstützen.

III. II. „Angriffe auf Einsatzkräfte lückenlos aufklären“

Insbesondere im migrantischen Milieu ist festzustellen, dass der Respekt vor Einsatzkräften und Staatsbediensteten zunehmend schwindet und die Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis erschreckend niedrig ist. Ein Angriff auf diesen Personenkreis ist immer auch ein Angriff auf den gesamten Staat und seine Werteordnung. Wir setzen uns für eine Null-Toleranz-Politik bei Angriffen auf Einsatzkräfte und Staatsbedienstete ein und fordern die strenge und konsequente Bestrafung der Täter. Die Taten sind möglichst lückenlos aufzuklären und speziell die Herkunft der Täter ist zu erfassen und in einer jährlichen Statistik zu veröffentlichen.

III. III. „Alkoholverbot an gefährdeten Örtlichkeiten“

Der Alkoholkonsum im öffentlichen Raum wird zunehmend zum Problem und geht oft einher mit Pöbeleien, Vandalismus und anderen Delikten. Besonders zum Schutz von Kindern und Jugendlichen muss der Verwahrlosung des öffentlichen Raums nachdrücklich entgegengetreten werden. Wir setzen uns daher für ein Alkoholverbot an spezifischen Örtlichkeiten, wie z.B.: Schulhöfen und Spielplätzen, ein.

IV. Wirtschaft, Arbeit und Landwirtschaft

IV. I. „Mittelstand vor Ort stärken und fördern“

Der Mittelstand bietet Arbeitsplätze und ist Garant für wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand. Insbesondere durch die entrichteten Steuern trägt der Mittelstand maßgeblich zur Stärkung der kommunalen Finanzen bei. Der von der Europäischen Union erzwungene Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern ist vielfach ungerecht. Reduzierte Sozial-, Umwelt- und Besteuerungsvorschriften, welche bereits bei unseren direkten Nachbarn vorhanden sind, führen zu einer Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil unserer heimischen Wirtschaft. Es gilt, den Mittelstand vor Ort zu stärken, indem beispielsweise die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Vergaberichtlinien nur bei staatlichen Großvorhaben angewandt wird.

IV.II. „Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern“

Um dem Phänomen der Landflucht zu begegnen, gilt es Anreize zu schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlegen oder Firmenneugründungen im ländlichen Raum ansässig werden. Hierzu gehört auch der flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes und der Abbau von bürokratischen Vorgaben, insbesondere bei der Vermarktung von regionalen Produkten.

IV.III. „Regionale Landwirtschaft unterstützen“

Die regionale Landwirtschaft und ihre Selbstvermarktung in der Region soll gestärkt werden. Die Bürger erhalten hierdurch frische Produkte von hoher Qualität und lange Transportwege werden gespart. Hierbei muss unsere Landwirtschaft vor Überregulierung geschützt werden, da nur eine funktionierende Landwirtschaft die Lebensmittelversorgung sicherstellen kann.

V. Finanzen und Steuern

V.I. „Schuldenpolitik stoppen“

Die Verschuldung des Kreises, einzelner Städte und Gemeinden, sowie deren Eigenbetriebe, nimmt seit geraumer Zeit stetig zu. Diese Entwicklung, welche vor allem zulasten der nachfolgenden Generationen geschieht, gilt es zu beenden. Wir fordern ausgeglichene Haushaltspläne und den sofortigen Stopp von überteuerten Luxusprojekten.

V.II. „Grundsteuer abschaffen und Abgaben senken“

Das Leben im eigenen Wohneigentum soll zum gesellschaftlichen Normalfall werden. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns für die Abschaffung der Grundsteuer und der Grunderwerbssteuer beim Immobilienkauf zur Eigennutzung ein. Um gleichzeitig die Finanzen der Städte und Gemeinden sicherzustellen, sind auf Landesebene erhöhte Zuweisung, beispielsweise der Umsatzsteuer oder Einkommenssteuer, zu gewähren. Überdies treten wir für eine Reduzierung des Hebesatzes der Grundsteuer ein, um die Bürger finanziell zu entlasten.

V.III. „Subventionswahnsinn beenden“

Wir fordern den sofortigen Stopp aller ideologisch motivierten Subventionen, wie etwa für E-Mobilität, „Klimaschutz“, Gender-Mainstreaming und sexuelle Vielfalt. Ferner muss die staatliche Finanzierung linksextremer und islamistischer Vereine und Organisationen sofort beendet werden.

VI. Verkehr und Mobilität

VI.I. „Individualverkehr stärken“

Der Gängelung des motorisierten Individualverkehrs durch bauliche Maßnahmen, künstliche Parkraumverknappung und Temporeduzierungen werden wir Einhalt gebieten. Wir wissen, dass der motorisierte Individualverkehr im ländlichen Raum unverzichtbar ist, und fordern seine Stärkung durch den Ausbau von Kreis- und Verbindungsstraßen oder dem Schalten von grünen Wellen. Wir setzen uns zudem für eine Stunde kostenloses Parken in den Innenstädten in Verbindung mit einem Einkauf im städtischen Einzelhandel ein.

VI.II. „Keine autofreien Innenstädte“

Bereits dieser Tage prägen leerstehende Ladenflächen das Bild vieler Innenstädte im Ostalbkreis. Die Hintergründe hierfür sind vielfältig, auch der Verlust der inneren Sicherheit und die zunehmende Überfremdung spielen eine bedeutende Rolle. Das Problem sollte daher keinesfalls durch ideologiebasierte Verkehrspolitik verstärkt werden. Erste Konzepte in der Region, wie z.B.: das Schmiedgassen-Projekt in Schwäbisch Gmünd, sind bereits krachend gescheitert und das vor allem zum Nachteil der ansässigen Einzelhändler.

VI.III. „Ausbeutung durch Geschwindigkeitsmessungen beenden“

Die Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen soll vorwiegend an Unfallschwerpunkten stattfinden und der Verkehrssicherheit dienen. Den Missbrauch von Geschwindigkeitskontrollen zur Aufbesserung der kommunalen Finanzen wollen wir beenden. Bereits vorhandene, stationäre Geräte zur Geschwindigkeitsüberwachung sind durch vorangestellte Hinweisschilder auszuweisen oder abzubauen. Des Weiteren werden wir der aus ideologischen Gründen ausufernden Einführung von Tempo-30-Zonen ein Ende setzen.

VII. Bauen und Wohnen

VII.I. „Eigentumsquote steigern und Familien fördern“

Der Erwerb von Wohneigentum ist die beste Versicherung gegen Altersarmut und muss insbesondere für Familien erschwinglich werden. Hierzu sind, neben der Abschaffung der Grundsteuer und der Grunderwerbssteuer bei Immobilienkauf zur Eigennutzung, weitere Maßnahmen zur Eigentumsförderung geboten. Die Förderung soll sich mit der Anzahl der

Kinder sukzessive erhöhen. Weiter sind die Städte und Gemeinden in der Pflicht, bezahlbares Bauland auszuweisen und die Anzahl der Vollgeschosse um 1 zu erhöhen.

VII.II. „Ideologiefreies Bauen ermöglichen“

Bei der Ausweisung von Bauland durch die Städte und Gemeinden sind auf ausufernde Umweltauflagen, Genehmigungen ohne ineffiziente Energiesparverordnung für Alt- und Neubauten oder überzogene Verordnungen (z.B.: Fahrradstellplätze) zu verzichten. Ebenso lehnen wir die Bevormundung der Eigentümer durch ideologische Bauleitlinien ab, bei denen beispielsweise die Anzahl wohnungsnaher Stellplätze für Pkw vorgegeben wird.

VII.II. „Kommunale Wärmeplanung“

In vielen Städten und Gemeinden ist die flächendeckende Belieferung mit Fernwärme verpflichtend vorgesehen, hierbei sind kommunale Wärmenetze als Monopolversorger bestimmt. Diese Monopolisierung schließt den wirtschaftlichen Wettbewerb aus und birgt die Gefahr, dass unverhältnismäßige Gebühren erhoben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Eigentümer die Art der Heiztechnologie frei wählen können.

VIII. Familien und Soziales

VIII.I. „Familien als Keimzelle des Volkes“

Die traditionelle Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kindern ist die Keimzelle des Volkes und sichert unseren Fortbestand. Deshalb gilt es Familien in allen Bereichen zu stärken und zu schützen. Den andauernden Angriff auf unsere Familien durch Vertreter der sogenannten Genderideologie werden wir ein Ende setzen.

VIII.II. „Familien finanziell entlasten“

Durch ein umfassendes Maßnahmenpaket wollen wir Familien spürbar finanziell entlasten und zur Steigerung der Geburtenrate animieren. Hierzu gehört die Abschaffung der Grundsteuer, steuerliche Vorteile für Familien, Einführung eines kommunalen Familiengründungsdarlehns, gebührenfreie Kindergärten und kostenlose Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr für Schüler. Es darf nicht sein, dass Kinder als Armuts- oder gesellschaftliches Abstiegsrisiko wahrgenommen werden. Vielmehr wollen wir mit unseren Maßnahmen dazu beitragen, dass Familien mit Kindern erhöhte gesellschaftliche und soziale Anerkennung erfahren.

VIII.III. „Ehrenamtliches Engagement fördern“

Das ehrenamtliche Engagement in unserer Region ist allgegenwärtig und das Rückgrat der Gemeinschaft. Wir setzen uns daher für eine Förderung des Ehrenamts, beispielsweise durch höhere Bezuschussung der gemeinnützigen Vereine ein und begrüßen Maßnahmen wie etwa die Ehrenamtskarte im Ostalbkreis ausdrücklich.

IX. Gesundheit und Pflege

IX.I. „Medizinische Versorgung sicherstellen“

Der Personalmangel, die finanziellen Anforderungen und die gesellschaftlichen Entwicklungen stellen das Gesundheitssystem in der Region vor große Aufgaben. Während sich die Medizin immer weiter in Fachgebiete und Unterspezialitäten spaltet, bleibt im Mittelpunkt der Mensch als unteilbares Ganzes. Wir setzen uns dafür ein, dass die Patientenversorgung im Ostalbkreis finanzierbar ist und eine hohe Qualität gewährleistet werden kann. Bei der zukünftigen Organisation der Kliniken im Ostalbkreis fordern wir die umfassende Einbindung der betroffenen Mitarbeiter und Angestellten, sowie der Bürger.

IX.II. „Pflege im eigenen Zuhause fördern“

Durch schwere Fehler in der Familienpolitik der letzten Jahrzehnte stehen wir inmitten einer demografischen Katastrophe. Die häusliche Pflege ermöglicht dem Pflegebedürftigen in vertrauter Umgebung zu bleiben und entlastet die Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser. Um diese zu fördern, ist eine Angleichung der Pflegegelder an die Höhe der Vergütungen für ambulante Pflegedienste unerlässlich. Die häusliche Pflege ist dabei für die pflegenden Angehörigen physisch, psychisch und finanziell enorm belastend. Deren Unterstützung, beispielsweise durch Tagespflegeplätze und Urlaubshilfen, ist dringend geboten. Wir unterstützen auch alternative Wohnmodelle, wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, welche im sinnvollen Rahmen ermöglichen, dass sich Menschen gegenseitig unterstützen.

X. Bildung und Schulen

X.I. „Kinderbetreuungsangebote ausbauen“

Die Betreuung der Kinder obliegt den Eltern. Wir wenden uns gegen eine verpflichtende staatliche Betreuung und stehen für echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Das Bedürfnis der Kleinsten in unserer Gesellschaft nach verlässlichen und liebevollen Bezugspersonen ist von zentraler Bedeutung.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Bindungsforschung, die Gefahren und negative Folgen zu früher Trennung nachweisen, sind dringend bei der Gesetzgebung zu beachten. Um auch hier Familien finanziell zu entlasten, fordern wir auf Landesebene ein Betreuungsgeld aus Landesmitteln.

X.II. „Ideologiefreie, politisch neutrale Bildung“

Wir verwehren uns gegen rot-grüne Ideologieprojekte, wie etwa Inklusion und Gender-Mainstreaming, welche an unseren Schulen Einzug gefunden haben. Diese Projekte werden den Bedürfnissen der Schüler nicht gerecht und verstoßen partiell gegen das Überwältigungsverbot. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, dass die Schüler eine umfassende fachliche Ausbildung an den Schulen erhalten.

X.III. „Digitalisierung sinnvoll einbinden“

Um die Schüler für die Arbeitswelt und den Arbeitsalltag adäquat vorzubereiten, müssen im Rahmen des Unterrichts entsprechende Kompetenzen vermittelt werden. Wir fordern eine zeitgemäße Ausstattung der Schulen und Lehrkräfte, um diese Aufgabe zu bewerkstelligen. Die Digitalisierung ist allerdings kein Selbstzweck und kann den zentralen Unterricht nicht ersetzen, sondern allenfalls sinnvoll ergänzen.

XI. Kultur und Sport

XI.I. „Identitätsstiftende Kultur statt modernem Zeitgeist“

Die begrenzten Mittel der Kulturförderung sind vornehmlich für identitätsstiftende Projekte der Brauchtums- und Denkmalpflege einzusetzen. Ein wesentliches Kriterium der Förderung muss die Familienfreundlichkeit des jeweiligen Projekts sein. Hingegen wollen wir die Förderung von soziokulturellen Projekten etwa zum Thema Gender oder Migration beenden.

XI.II. „Spitzen- und Breitensport fördern“

Von der immensen Wichtigkeit des Sports, insbesondere für junge Menschen, wusste schon Turnvater Jahn. Wir setzen uns gleichermaßen für eine Förderung von Spitzen- und Breitensport ein und fordern eine Erhöhung der Sportfördermittel. Das dort investierte Geld wird sich mehrfach auszahlen, sei es durch bessere Volksgesundheit oder gesteigerte soziale Fähigkeiten.

XII. Umwelt und Energie

XII.I. „Naturschutz statt Klimaschutz“

Der Schutz unserer Heimat in allen Bereichen ist für uns selbstverständlich, weshalb wir für den Erhalt der Natur- und Artenvielfalt in der Region eintreten. Die Apologeten der Klimapolitik führen den Klimawandel ins Feld, um ihre destruktiven Maßnahmen zu rechtfertigen. Hierbei droht die Klimapolitik den über Jahrzehnte erarbeiteten Wohlstand unseres Volkes zu vernichten. Wir lehnen den Ausbau von sogenannten erneuerbaren Energien und die Zerstörung unserer Natur durch Maismonokulturen oder Windkraftanlagen entschieden ab. Ideologische Projekte (z.B.: Aalen klimaneutral) oder Planstellen für sogenannte Klimabeauftragte sind einzustellen und die dort verplanten finanziellen Mittel sinnvoll einzusetzen.

XII.II. „Stadtklima durch Begrünung verbessern“

Der Begrünung des öffentlichen Raums durch Blumen, Sträucher und Bäume stehen wir positiv gegenüber. Die urbane Pflanzenwelt verbessert das Stadtklima und steigert damit die Lebensqualität. Wir begrüßen entsprechende Maßnahmen der Städte und Gemeinden, sofern diese auch technisch und finanziell sinnvoll sind.